

---

**4946/J XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 24.03.2010**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der Abgeordneten **Martina Schenk, Ursula Haubner**

Kolleginnen und Kollegen

an die **Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst**

betreffend **Beratung für Schwangere in Konfliktsituationen**

Laut einer aktuellen Onlineumfrage („Kurier“, 16.02.2010) im Rahmen des ersten Sexualkongresses Mitte Februar in Wien, ist nur ein Drittel der Befragten gut über Verhütung informiert, 18 Prozent hingegen sind weniger bis gar nicht gut aufgeklärt. Diese Umfrage deckt sich nicht nur mit den Ergebnissen einer Umfrage aus dem Jahr 2009 („Presse“, 23.09.2008), wonach jeder fünfte Jugendliche keine Ahnung von Verhütung hat, sondern veranschaulicht den Trend der steigenden Zahlen. Die Anzahl der Gebärenden im Teenageralter ist zwar rückläufig, was aber keinen Aufschluss über die Anzahl der Schwangerschaften zulässt, da Österreich eine extrem hohe Abtreibungsrate vorweist, europaweit nur von Rumänien übertroffen wird („Kurier“, 17.02.2010). Hat man sich für eine Abtreibung entschieden, so scheint das Beratungsangebot reichhaltig. Selbst im Handbuch für Wienerinnen „Wien für Wienerinnen, Infos und Tipps von A-Z“, welches laut Vorwort alle Einrichtungen und Adressen, wo Frauen in verschiedensten Alters- und Lebensphasen Unterstützung erhalten auflistet, sind mehr Adressen zum Schwangerschaftsabbruch, als zur Schwangerschaftsberatung verzeichnet.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die **Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst** folgende

### **Anfrage:**

1. Welche Einrichtungen zur Beratung von schwangeren Frauen wurden bzw. werden von Ihrem Ressort in welcher Höhe finanziell unterstützt? (Bitte um separate Auflistung pro Bundesland und Fördersumme.)
2. Welche Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche wurden bzw. werden von Ihrem Ressort in welcher Höhe finanziell unterstützt? (Bitte um separate Auflistung pro Bundesland und Fördersumme.)
3. Wie viele Schwangerschaftsabbrüche wurden von jenen Einrichtungen bzw. Institutionen im letzten Jahr vorgenommen, die von Seiten Ihres Ressorts finanziell unterstützt wurden bzw. werden?

4. Wie viele Beratungen von Schwangeren in Konfliktsituationen zur Vermeidung eines Schwangerschaftsabbruches wurden von jenen Einrichtungen bzw. Institutionen im letzten Jahr durchgeführt, die von Seiten Ihres Ressorts finanziell unterstützt wurden bzw. werden?
5. Welche Auswertungen der Jugendberatung an den „First Love-Ambulanzen“ liegen bisher vor?
6. Welche Erfahrungen/Erkenntnisse liegen für die Abgabe der „Pille danach“ an Jugendliche vor?

7. Bietet Ihr Ressort für Schwangere in Konfliktsituationen direkte Beratungen an?

Wenn ja,

- a. Welcher Art sind bzw. waren diese Beratungen?
- b. Wie viele wurden im letzten Jahr durchgeführt?
- c. Welche Ergebnisse haben diese Beratungen gebracht und wie fanden diese Ergebnisse Eingang in den Vollzug Ihres Zuständigkeitsbereiches?
- d. Welche Initiativen zur Intensivierung des Beratungsangebotes im Schwangerschaftskonflikt (z.B. Fort- und Weiterbildung für Beratung, Motivforschung – Wissenschaftliche Studien über die Hintergründe für Abtreibungen) wurden bisher gesetzt und welche sind noch geplant sind.

Wenn nein, warum nicht?

8. Welche Unterstützung wird von Seiten Ihres Ressorts angeboten, um eine Schwangerschaft nicht als Konfliktsituation zu erleben?
9. Welche Initiativen hinsichtlich Partnerschafts- und Sexualerziehung sind geplant?
10. Sind die derzeitigen Unterstützungsangebote ausreichend?
11. Wie kann aus Ihrer Sicht die gesellschaftliche Anerkennung von Müttern verbessert werden?
12. Welche Maßnahmen wurden insbesondere für Mehrkinderfamilien gesetzt und welche sind geplant?
13. Welche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pränataldiagnostik sind geplant?
14. Gibt es von Seiten Ihres Ressorts Überlegungen bzw. Vorarbeiten für eine Streichung des Abtreibungsparagraphen aus dem Strafgesetz? Wenn ja, welche Ressorts bzw. Organisationen und Institutionen sind darin eingebunden und wie weit sind die Arbeiten gediehen?
15. Sind Ihnen ähnliche Überlegungen bzw. Vorarbeiten von Seiten der Ressorts Ihrer Regierungskollegen/innen bekannt? Wenn ja, welchen konkreten Inhalts sind diese bzw. ist Ihr Ressort damit befasst und wie weit sind diese gediehen?